

Wunderglaube und Tatsachen

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Ponce, ist nach Paris gefahren, um der französischen Regierung die Vorläufe der Brünningregierung zu den kommenden Reparationsverhandlungen mitzuteilen. Diese Verhandlungen, schon seit Monaten in Vorbereitung, werden für die Kapitalisten aller Länder von Woche zu Woche dringender. Die Weltwirtschaftsreise geht allen Kapitalisten ohne Unterschied der Nation an den Hals.

Die Suche nach einem „gemeinsamen Ausweg“ ist daher das zur Zeit beliebteste Thema der kapitalistischen Weltpresse. Aber dieser „gemeinsame Ausweg“ ist für die internationalen Kapitalisten nur denkbar auf Kosten der Arbeiter aller Länder sowie der schwächeren kapitalistischen Staaten, insbesondere des im Weltkrieg „besiegten“ Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie aber wiegt sich wieder einmal in Illusionen, als würden die kommenden Reparationsverhandlungen irgendwelche „Erfolgerungen“ bringen.

Die andere Illusion, mit der die deutsche Bourgeoisie in die kommenden Verhandlungen geht, ist die, daß man Amerika gegen Frankreich ausspielen könne. Aber die Abmachungen zwischen Hoover und Laval haben bereits gezeigt, daß daran auch nicht im Traum gedacht werden kann. Zum Ueberflus enthält die englische Zeitung „Daily Telegraph“ einen Geheimbericht, wonach Hoover dem französischen Ministerpräsidenten Laval zugestanden habe, Frankreich dürfe bei den kommenden Reparationsverhandlungen einen endgültigen Verzicht Deutschlands auf jegliche Revision des Versailler Friedensvertrages verlangen.

Mit dem Glauben an den Gegenjahrs Frankreich-Amerika ist es also auch nichts. Die deutsche Bourgeoisie ist isoliert. Sie ist die Gefangene in den Händen aller Tributgläubiger. Es wird der deutschen Bourgeoisie, wie das „Echo de Paris“ es offen zum Ausdruck bringt, nichts anderes übrig bleiben, als seine vollkommene Zahlungsunfähigkeit zu erklären.

Wenn die deutsche Bourgeoisie glaubt, dadurch „Erfolgerungen“ zu erhalten, ist sie auf dem Holzwege. Gerade diese offene Bankrotterklärung gibt den französischen Imperialisten, die mit aller Entschiedenheit am Youngplan festhalten, den billigen Vorwand zu verschärften Maßnahmen. Die deutsche Bourgeoisie wird in Zukunft noch ohnmächtiger sein, der Druck der Tributgläubiger noch härter werden.

Bereits hat die deutsche Bourgeoisie so weit nachgegeben, daß sie zur Anrufung des Ausschusses der Bank für internationalen Zahlungsverkehr (WZ), dieser im Youngplan vorgesehenen Kontrollinstanz, bereit ist. Damit begibt sich die deutsche Bourgeoisie reiflos unter die Finanzkontrolle Frankreichs, Englands und Amerikas.

Die deutschen Bankrotteure versuchen, sich für diese Kontrolle eine möglichst günstige Position im Innern zu schaffen. Durch rückwärtslose Drosselung aller Sozialausgaben, durch radikalen Lohnabbau soll den ausländischen Gläubigern der „gute Wille“ zum Zahlen der Tributlasten gezeigt werden.

In den Verhandlungen des Wirtschaftsrates sollen diese Maßnahmen entschieden werden. Dafür sind die verschiedenen Unterausschüsse eingesetzt. Der Stillehalte-Ausschuss arbeitet bereits seit der letzten Woche. Der Ausschuss für Preis- und Lohnabbau und der für Zins- und Kreditfragen tagen gegenwärtig. Mit Wollwusch gehen die deutschen Ausbeuter daran, die Krisenlasten für die wertlosen Massen zu verdrängen, um auf diese Weise eine bessere Verhandlungsgrundlage bei den ausländischen Finanzkräften zu finden.

Der Ausschuss, in dem die wichtigsten Entscheidungen gefällt werden, ist zweifellos der für Lohn- und Preisabbau. In der ganzen bürgerlichen Presse wird jetzt das Märchen verbreitet, ein Lohnabbau werde nicht ohne gleichzeitige Preisentlastung durchgeführt werden. Die strapelosen Ausbeuter entdecken plötzlich ihr weiches Herz für die Arbeiter. Der gefällte Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie redet sogar von einer „sozialen Gerechtigkeit“, die darin besteht, daß ohne vorherige Preisentlastung ein weiterer Lohnabbau nicht möglich sei. Der wahre Grund für diesen Gerechtigkeitsschrei der Schatzmacher ist die Angst vor der Kampfbereitschaft der Arbeiter unter der Führung der KPD und NSD.

Wird die Preisentlastung kommen? Die Brüningregierung erklärt zwar, daß sie darauf „hinwirkt“, daß man aber über das Ausmaß der Preisentlastung „selbstverständlich noch nichts sagen“ könne. Die letzte Preisentlastungsaktion ist gerade ein Jahr alt. Was davon übrig geblieben ist, wissen die werktätigen Massen aus eigener Erfahrung: die Preise sind heute überall ebenso hoch oder sogar höher als im letzten Jahr. Solange der Kapitalismus herrscht, ist das auch gar nicht anders denkbar. Die Arbeiter werden auf das neue Preisentlastungsmandat nicht hereinfallen, das nur den Zweck hat, die Löhne in Deutschland auf den Lohnstand der englischen Inflation herabzudrücken.

So wird es mit jedem Tag klarer, daß die nationale Bestrelung, die Bestrelung aus den Sklavenketten des Youngplans und des Versailler Vertrages nicht möglich ist ohne die soziale Bestrelung der deutschen Arbeiterklasse. Diesen Kampf aber führt allein die kommunistische Partei.

Daß die Brüningparteien, einschließend der SPD, die Politik der Erfüllung aller Wünsche der Youngkapitalisten innerhalb und außerhalb Deutschlands durchführen, braucht nicht bewiesen zu werden. Die Brüningparteien und die Sozialdemokratie sind die eigentlichen Träger der Youngpolitik.

Sie haben in den letzten Monaten Zugang bekommen durch die Nationalsozialisten. Die Legalitätserklärungen Hitlers, seine schabigen Koalitionsangebote an Brüning waren und sind begleitet von gleichzeitigen Erklärungen, daß auch eine nationalsozialistische Regierung alle Plebaischulden an die ausländischen Finanzkränze anerkennen und bezahlen werde. Hitler läßt alle paar Wochen in der ausländischen Presse erklären, daß er, falls er an die Regierung kommt, „einwilligen“ an keine Revision des Youngplans denke. Er beruhigt die ausländischen Tributgläubiger. Und die Wortleber der Pariser Presse in der letzten Zeit für eine Rechtsregierung in Deutschland ist nicht zum wenigsten eine Frucht dieses Youngvertrages der Falkenkreuzer.

Die kapitalistischen Bankrotteure Deutschlands glauben an das Wunder, die deutschen Arbeiter würden unter dem vereinten Druck von Brüningparteien, SPD und Nazis geduldig die Lasten der Youngklavereien tragen. Wir wollen diesen Wundergläubigen mit den Worten des Genossen Stalin antworten, der auf dem 16. Parteitag der Bolschewiki im Juni 1930 voraus sagte:

„Der Glaube, daß die deutsche Bourgeoisie imstande sein wird, in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Mark zu zahlen und daß das unter doppelter Last — der „eigenen“ und der „fremden“ Bourgeoisie — lebende deutsche Proletariat sich von der deutschen Bourgeoisie ohne ernste Kämpfe und Erschütterungen diese 20 Milliarden Mark abpressen lassen, heißt den Verstand verlieren. Mögen deutsche und französische Politiker sich den Anschein geben, an dieses Wunder zu glauben. Wir Bolschewiken glauben nicht an Wunder.“

Nazis gegen das Volksbegehren

Selbstentlarbung im Chemnitzer Stadiparlament

In der letzten Sitzung des Chemnitzer Stadiparlamentskollegiums hatte die kommunistische Fraktion einen Antrag eingereicht, der das Kollegium auffordert, sich hinter das rote Volksbegehren der KPD zu stellen. Die SPD-Fraktion wagte unter den Augen der Tribünenbesucher nicht, offen gegen den Antrag zu stimmen, sondern übte Stimmenshaltung. Die Nationalsozialisten verließen vor der Abstimmung den Saal, um so den Antrag zu Fall zu bringen. Dieser wurde jedoch mit Mehrheit gegen 8 volksparteiliche Stimmen angenommen. Die Nazis haben sich damit offen an die Seite Schicks und der SPD-Führer gestellt, sie haben damit ihre „radikale“ Maske gelüftet. Die KPD wird sie ihnen reiflos herunterreißen in der roten Volksbegehren!

Nazimordanschlag auf Freidenkerlehrer

Am Sonntag, gegen 20 Uhr, wurde in einer dunklen Gasse in Wittenberg (Kreis Altenburg i. Th.) der Freidenkerlehrer Wilhelm Georg von 2 Nazis überfallen, zu Boden geschlagen und mit einem Schlagring schwer verletzt. Nachdem er verbunden war, nahm ihn die Polizei in Haft.

Ein Sprengstofflager der Nazis

Aus einem Sprengstofflager, das zu einem Steinbruchbetrieb in Bernigerode gehört, wurde Anfang dieses Monats ein halber Zentner Sprengpulver (70 Prozent Dynamit) gestohlen. Durch polizeiliche Ermittlungen wurde der Sprengstoff bei einem jungen Nationalsozialisten, unter einem Belt versteckt, sichergestellt. Bei den Nazis wurden außerdem zwei ausländische Militärgewehre beschlagnahmt.

Nazis demolieren Arbeiterheim

Das außerhalb des Dorfes Nichtenanne gelegene Arbeiterheim wurde nachts von Nazis vollständig demoliert. Das massiv gebaute, seit verschlossene Gebäude wurde mit schweren Werkzeugen ausgebrochen, sämtliche Fenster mit samt den Rahmen zerstört und die Inneneinrichtung, wie Uhr, Lampe, ein eiserner Ofen, Tische, Bänke usw. in kurz und kleine Stücke geschlagen. Auch die dort aufbewahrten Instrumente des Spielmansnages, Waage, Waagen usw. wurden gleichfalls zerstört. Dem systematisch geleiteten Naziterror kann und wird nur

Die Notverordnung wirkt sich aus!

Die Hungerarmee im Reich und Gachien

Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden / Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Arbeitslose und Betriebsarbeiter, kämpfen für das rote Selbsthilfeprogramm!

Der Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage am 15. Oktober meldete die Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden von 131 322 auf 4 581 585. Demgegenüber ist auf der anderen Seite die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger seit dem 30. September um 203 162 zurückgegangen. In die Krisenfürsorge wurden aber nur 152 559 überführt. Ueber diese Tatsache der absoluten Verringerung der Zahl der Unterstützungsempfänger gegenüber dem hündigen Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen sagt der Bericht der Reichsanstalt folgendes:

„Da der Rückgang in der Arbeitslosenversicherung stärker war als die Zunahme in der Krisenfürsorge, lag die Zahl der in beiden Unterstühtungseinrichtungen zusammen betreuten Hauptunterstützungsempfänger Mitte Oktober d. J. um rund 51 000 niedriger als Ende September. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die durch die rechtliche Veränderung der Unterstühtungshöchstbeträge der Arbeitslosenversicherung eingetretene Verkleinerung im Personenkreis der Hauptunterstützungsempfänger statistisch sich möglicherweise noch nicht in vollem Umfange niedergeschlagen haben.“

Die Reichsanstalt rechnet also mit einer weiteren Verminderung der Zahl der Unterstühtungsempfänger, obwohl auf der anderen Seite das Arbeitslosensenzersich in hündigem Maße befindet. Das Bild aus dem Bericht der Reichsanstalt zeigt mit aller Deutlichkeit, das mit Hilfe der Notverordnungspolitik systematisch der Bezug von Arbeitslosenunterstühtung eingeschränkt wird.

Was will Herr Groener?

Amliche Mitteilung über angebliche kommunistische Zerschlagungstätigkeit

Das Reichswehrministerium veröffentlicht in der gesamten bürgerlichen Presse folgende amliche Mitteilung.

„In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zerschlagungstätigkeit anherberdentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli dieses Jahres sind nicht weniger als 40 verschiedenen kommunistischen Zeitungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden. In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zeitungsblätter im gleichen Zeitraum von der Truppe auf festlicher Tat ertrapyt und der Bestrafung zugestüht werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zerschlagungstätigkeit nach wie vor nicht beschieden gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung erlagen, ist verschwindend gering.“

Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zerschlagungstätigkeit der KPD enthält bereits die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erhebliche verschärfte Bestimmungen.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.“

Beim Lesen dieser amlichen Mitteilung tauchen einige Fragen auf:

Warum veröffentlicht der General Groener wenige Wochen nach Hitlers Besuch bei Salcher diese Mitteilung gegen die angebliche kommunistische Zerschlagungstätigkeit?

Groeners Mitteilung ist eine Verbeugung vor der legalen Nazipartei. Sie ist gleichzeitig eine „Begründung“ für die drakonischen Maßnahmen zur Verfolgung der kommunistischen Partei, wie sie Groener vor einigen Wochen angekündigt hat. Die Urteile gegen jeden revolutionären Arbeiter, der einmal mit einem Soldaten ein paar Worte wechselt, sollen noch verschärft werden.

eine geschlossene Einheitsfront aller kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter unter roter Führung am Ende bereiten.

Nazi-Überfälle auch in Thüringen

In Weimar kam es zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Mitgliedern des Reichsbanners und der SA. Die SA überfiel mehrere Jungarbeiter mit Gummistöcken und Schlagstöcken. Ein SA-Jungarbeiter wurde niedergeschlagen und schwer verletzt. Als eine größere Anzahl Arbeiter zum Schutz der Ueberfallenen herbeieilte, zog sich die SA in ein Lokal zurück und alarmierte die Polizei, die nach kurzer Zeit in einem Ueberfallswagen anrückte. Bei der Abwehr der Arbeiter gegen den Naziüberfall wurde ein SA-Mann verletzt.

SPD- und SAJ-Arbeiter auf Delegiertenkonferenz in Braunschweig

Am 8. November fand in Braunschweig eine antifaaschistische Delegiertenkonferenz statt, die sich zu einer einträchtigen Rundgebung für die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus gestaltete. 136 Delegierte und 90 Gäste waren anwesend. Von den Delegierten gehörten 48 der KPD, 19 der SPD, 2 der SAJ, 2 dem Reichsbanner, 2 dem Jungbanner, 2 der SAJ an, und 61 waren parteilose. Bis zur Stunde der Konferenz waren bereits 16 antifaaschistische Straßenspitzen gebildet worden.

Besondere Bedeutung erhält die Konferenz dadurch, daß die Nazis am Tage des Braunschweigischen Volksbegehrens, am 15. November, wieder in Braunschweig aufmarschieren wollen. Aus allen Diskussionen kam zum Ausdruck, daß ein neuer Aufmarsch der NSDAP mit dem politischen Massenstreik beantwortet werden müsse.

Es wurde weiterhin beschlossen, sofort eine Stellungnahme in den Betrieben herbeizuführen und die Vorbereitungen zu Massenstreik zu treffen. Weiterhin wurde beschlossen, an die Arbeiter der SPD, der SAJ, des Reichsbanners, der Gewerkschaften und alle parteilosen Arbeiter den Appell zu richten, zusammen mit den kommunistischen Arbeitern zum Massenstreik mit Ja zu stimmen.

Das geschieht systematisch, um die Arbeitslosen in eine zweifelhafte Stimmung zu bringen und sie so zu Lohnrückstufen und Streikbrechern zu machen. Deshalb haben auch die betrieblichen Arbeiter das größte Interesse daran, gemeinsam mit den Arbeitslosen den Kampf gegen den Unterstühtungsabbau zu führen.

Arbeitslosigkeit in Gachien

Dresden, 10. November.

Die Arbeitslosenkurve ist im Herbst 1931 bereits in ihrem schleunigsten Tempo gestiegen als zur gleichen Zeit des Jahres. Während von Mitte September bis Mitte Oktober die Zahl der Arbeitsuchenden von 421 458 auf 430 206, also um 2,2 Prozent anwuchs, wuchs von Mitte September bis Mitte Oktober 1931 eine Steigerung von 545 340 auf 568 447, also um 4,2 Prozent festgestellt werden. Dies ist um so erschreckender als ein sehr großer Teil der Bau-, Metall-, und Steinindustrie in diesem Sommer gar nicht in Beschäftigung gestanden hat und sich die Zunahme der Arbeitslosenzahl von einer zu höheren Basis aus vollzog. Am 31. Oktober d. J. erreichte die Zahl der Arbeitsuchenden den Stand von 577 372, der 22 Prozent über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres lag. Während der Berichtszeit vom 15. bis 31. Oktober sind hauptsächlich die Außenberufe und die Metallindustrie an der Belastung des sächsischen Arbeitsmarktes beteiligt, in erster Linie das Baugewerbe.

Streit gegen Maßregelung

In der Firma J. B. Grüber, Hasen Wolfenbüttel, wurden 20 Arbeiter gemahregelt worden. Die Maßregelung ist daraufhin in den Streik. Die ZWH hat die Verpflegung der Streikenden übernommen.

SPD-Arbeiter für Einheitsfront der KPD

Am 6. November tagte in Braunschweig eine von der KPD einberufene Volksversammlung der Betriebsräte. Wozu die demokratische, parteilose und kommunistische Betriebsräte der drei größten und entscheidendsten Betrieben waren die auf gelost. Die Versammlung wählte einstimmig einen 15-jährigen roten Betriebsratsvorsitzenden, der die Aufgabe der zehntausend roten Betriebsräteauschüsse, der die Aufgabe der Einheitsfront in den Betrieben weiter auszubauen und zu festigen. Ein Aufruf wurde angenommen, der von allen Betriebsräten unterzeichnet wurde, in dem das wertvolle Braunschweig aufgefodert wird, beim Volksentscheid zum Ende der Braunschweiger Regierung mit Ja zu stimmen.

In Essen fand eine Delegiertenkonferenz von oppositionellen SPD-Mitgliedern statt. Es waren 65 Mitglieder und Mitglieder der SPD, 14 der SAJ, mehrere Syndikalistinnen, Mitglieder der freien Gewerkschaften und der christlich-sozialen Bewegung anwesend. Die Versammlung wählte eine oppositionelle partei anwesend. Die Versammlung, die von oppositionellen SPD-Arbeitern aus Gladbeck eingeladen war, nahm eine Resolution an, in der der Weg der Sendemil. Kolenzfeld und die Verworfenen wird und ausdrücklich betont wird, daß der Massenstreik in proletarischer Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes geführt werden kann.

Landtagszusammentritt 24. November

Der Landtagsvorstand beschloß in seiner geistigen Sitzung am 24. November, 13 Uhr, zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Landtagspräsidenten und der Ausschüsse. Die KPD wird bereits in der Sitzung die Schiedsgerichte zu einer Stellungnahme zur Verfügung und auch von der Landtagstribüne aus, die Aktion des Volksbegehrens gegen den Schiedslandtag begründen.